

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Henrich, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Fracht mit den wöchentlichen Beilagen
"Blatt der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelpreis 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde von wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Nonparelzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1.50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
suche 40 Pf. Rabatt. Für Briefwechselzahlung 10 Pf.

Nr. 207

Dresden, Montag den 6. September 1926

37. Jahrg.

Ein unzureichendes Angebot

Der geschäftstüchtige Herr Silberberg

In der Verhandlung des Reichsverbandes der Industriellen am Freitag hörte man aus dem Munde der Industriellenvertreter nur das, was stets auf solchen Tagungen zu hören ist. Der Sonnabend brachte infolgedessen etwas Neues, als der Herr Generaldirektor Silberberg, dessen Rede wir am Sonnabend bereits kurz wiedergaben, das Spöbeln von der Verhandlung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum hinaus und dringend forderte, daß die Sozialdemokratie in die Regierung einträte. Silberberg gestand zu, daß auch von Unternehmerrseite in ihrem Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft Fehler gemacht seien, und der Leiter der Tagung, Silberberg, unterstrich seine Ausführungen. Ähnliche Meinungen haben wir schon sehr oft gehört. Bisher kamen sie aber praktisch alle darauf hinaus, daß die Arbeiterschaft auf eine entschiedene Vertretung ihrer Interessen verzichten solle. Der Volksgemeinschaftsplan ist nicht neu und der Verlauf der Industriellentagung ist nicht gerade ein Beweis dafür, daß die Doktrine, die man dort erklären ließ, anders gemeint sind als sonst.

Daß die Herren Unternehmer den Abbau der sozialen Fürsorge verlangen, daß sie weniger Steuern zahlen wollen, haben sie deutlich genug schon am Freitag gezeigt, was am Sonnabend wurde im wesentlichen das am Freitag Gesagte noch einmal unterstrichen. Der Herr Dr. Silberberg selber, der die Arbeiterschaft so großzügig zur Teilnahme an der Regierung einlud, erklärte, daß man sich über diesen mühe, in den Fürsorgegesetzen hineinzufitteln. Und in Halle und Jülich wurden Herrn Reichold Lobreden gehalten, der in seiner Rede das bei unseren Unternehmern so beliebte Lied vom Steuerabbau gesungen hatte. In besonders scharfer Weise wandte sich Herr Silberberg gegen die Ausdehnung der öffentlichen Unternehmungen. Die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates und der Gemeinden soll nach dem Wunsch des Herrn Silberberg und seiner Freunde nur auf das Notwendigste beschränkt werden. Keine Steuern sollten für die Errichtung und Erweiterung staatlicher Unternehmungen verwendet werden. Der Staat soll arm sein, damit er vom Großkapital abhängig bleibt. Es ist genügend bekannt, daß unsere Unternehmern von der leider nur allzu langsamen Fortentwicklung der staatlichen und kommunalen Unternehmungen sehr wenig erbaut sind, offenbar nicht nur, weil ihnen dadurch gute Geschäfte entgehen, sondern vielleicht noch mehr deshalb, weil sie fürchten, daß Staaten und Gemeinden, wenn sie selbst Unternehmer sind, nur allzu leicht das Gedaren des Privatunternehmers kontrollieren können. Liegt hier vielleicht das Rätsel? Glauben etwa die Herren Unternehmer, daß sie die Arbeiter für den Kampf gegen die staatlichen, kommunalen und sonstigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen einfangen können? Damit werden die Herrschaften kein Glück haben.

Die Arbeiterschaft hat schon oft spüren müssen, wie wenig hinter den schönen Nebensartien über Verständigung und Volksgemeinschaft steht, daß man es bloß darauf abgesehen hat, den Massen ein paar Verhütungsspielen zu verschaffen, damit man sie dann um so besser niederhalten kann. Solange die Silberberg u. So. vom Abbau der für den Arbeiter so notwendigen sozialen Fürsorge reden, wie kann da von einer Verständigung mit der Arbeiterschaft die Rede sein? Auch auf der Industriellentagung erkundete selbstverständlich die alte Weise von der Verantwortlichkeit und Verantwortlichkeit des Klassenkampfes. Aber was haben die Unternehmer bisher gezeigt, daß sie bereit sind, den Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft, den sie gerade jetzt oft in einer für das Proletariat sehr empfindlichen Weise führen, abzubauen, daß sie bereit sind, ihren irdischen Kampf gegen den Klassenkampf aufzugeben, daß sie den Versuch auszuwerfen wollen, die Löhne herabzudrücken? Ueber all diese Fragen ist auf der Tagung der Industriellen nicht geredet worden.

Deswegen dürfen sich die Herren auch nicht darüber wundern, wenn ihr Verständigungsversuch auf die Arbeiterschaft sehr wenig Eindruck macht. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen, daß sie auch die Bürde der Verantwortung nicht scheut, wenn sie glaubt, damit der Wohlstand des deutschen Volkes einen Dienst leisten zu können. Aber es ist dem deutschen Proletariat nicht damit gedient, wenn ein paar Sozialdemokraten gewissermaßen zur Vertretung in der Reichsregierung sitzen. Was sollen Vertreter der Arbeiterschaft in der Regierung, wenn die sozialen Aufgaben abgebaut und den Besitzenden Steuern gesenkt werden, so wie das die Herren von der Industrie wünschen? Die Massen Herren von der Industrie müßten doch selbst einsehen, daß all ihre schönen Worte von voraberechnungslos sind, wenn sie es sorgsam unterlassen, zu sagen, was sie bei der angeblich von ihnen so heiß ersehnten Verständigung der Arbeiterschaft bieten wollen.

Ob es etwa Silberbergs Verständigungsversuchen nur darauf hinausläuft, daß man die nächsten Reichstagswahlen fängt? Will man die Sozialdemokratie in die Regierung hineinlösen, damit sie sich in den Händen der Wähler recht tüchtig bekümmert, und dadurch einen sozialdemokratischen Erfolg bei den nächsten Wahlen her-

Der Lockruf der Unternehmer

Auf Sonnabend sprach auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie Dr. Silberberg über:
Deutsches Unternehmertum in der Nachkriegszeit.

Wir geben aus der Rede Dr. Silberbergs, die am Sonnabend vormittag gehalten wurde und deren wichtigsten Teil wir schon mitgeteilt haben, noch folgendes wieder:
Die politische Revolution, mit der nach dem Kriegsausbruch die Nachkriegszeit anfang, wurde sehr bald zu einer wirtschaftlichen und sozialen Revolution. Das deutsche Unternehmertum hatte einen Kampf nach vielen Seiten zu führen: gegen die wirtschaftlich-ökonomische Entwertung, von der es gleichmäßig mit dem ganzen Volk getroffen wurde, dazu gegen die den Staat repräsentierenden revolutionären Regierungen. Dieser Kampf mußte ausgekämpft oder wenigstens so weit geführt werden, daß der Volk und Wirtschaft eine erträglich handhabbare Basis erschaffen und erhalten wurde. Dieses Ziel ist heute in gewissem Umfang erreicht. Das deutsche Unternehmertum steht wieder auf wirtschaftlichem Grund.

Der Redner betonte dann weiter, daß das Unternehmertum mit Recht und Berechtigung dem Staat und seiner Regierung noch zweierlei verlangt: Öffnung der Absatzmärkte im Ausland durch eine entsprechende Handelspolitik und vor allem eine wirtschaftlich sich rechtfertigende und erträgliche Wirtschafts- und Finanzpolitik im Innern.

Zu dem
Einbringen des Staates in die Privatwirtschaft haben sich Fiskus und Tarifstand als Grundlage für die Weiterbehandlung dieses Problems vorläufig auf folgende Grundzüge geeinigt:

Von Seiten der öffentlichen Körperschaften sollen nicht lediglich das Geldvermögen wegen Unternehmungen erachtet oder übernommen werden. Die Errichtung oder Übernehmung von Unternehmungen kann nur dann gebilligt werden, wenn es sich um besondere Zwecke handelt, die die Privatwirtschaft nach gemeinvermögen nicht oder nicht weit erfüllen kann. Die Errichtung der öffentlichen Dasein auf wirtschaftlichem Gebiet darf nicht in einem unzulässigen, noch weniger dürfen, Steuererleichterungen für derartige Unternehmungen verwendet werden. Solange es in jedem einzelnen Falle die Übernehmung der zu übernehmenden Kapazitäten auf Anleihe und damit die Genehmigung der Parlamente und für Betrieb und Verwaltung die dauernde öffentliche Kontrolle der Parlamente und der Verantwortlichkeit erforderlich. Jede Erweiterung der Politik auf die geschäftliche Betätigung der öffentlichen Hand und jede Erweiterung auf die Politik sind unbedingt abzulehnen.

Zum Kapitel
Industrielles Unternehmertum und Arbeiterschaft

erklärte der Redner, es müßte rücksichtlos und darauf angesetzt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen, sich große Verdienste erworben haben.
Nach der Revolution war in der Arbeiterschaft die Stimmung so, daß sie sich als ein einziger Mann aus dem Aufstandesbruch betrachtete. Steigende Löhne bei verfallener Arbeit, Beherrschung der Regierung und der Arbeiter — kurz: Siegesstimmung. Ihr ist eine harte Ernüchterung geselst, und sie mußte folgen.

Wenn vor dem Kriege in Deutschland der Ernüchterungsprozess, wie andere Länder, der Volkseinstimmung im Extremen gerieten war, so sind wir heute im Begriff, in ein anderes Extremum zu fallen.

Das heute geltende Extremum muß, in der deutschen Klasse zu der Aufklärung führen, daß sie gegenüber dem Staat und der Öffentlichkeit nur politische und soziale Rechte, aber keine Privilegien habe. Wenn man man sagen, daß die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterschaft und ihren Organisationen immer eine glückliche gewesen ist, so ist dies nicht nur, daß das Unternehmertum zu spät entschlossen hat, in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen und den Führern den Rücken gegen die eigenen Freunde zu kehren. Dieser Fehler des Unternehmertums liegt wesentlich in der Parteipolitik. Aber er hatte zur Folge, daß nach dem Kriege die Führung der Arbeiterschaft, wirtschaftspolitisch ungeschult, politisch stark nach links eingestellt war.

Dr. Silberberg behauptete dann, daß sich in dem deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Verfassung vollzogen habe, und verteilte in aufsehenerregenden Ausführungen den Standpunkt, daß ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nicht regiert werden könne.

Ziele und Methoden der deutschen Handelspolitik
sprach Staatssekretär J. D. von Sinsow. Nach seinen Ausführungen ist man mit den Ergebnissen unserer Handelspolitik im allgemeinen noch nicht zufrieden. Einen Hebelweg der deutschen Handelspolitik von dem Prinzip der unbedingten Weisheitsgemäßheit zu dem Prinzip der unbedingten Weisheitsgemäßheit zu dem Prinzip einer gleichzeitigen Weisheitsgemäßheit glaubte der Vortragende nicht aufstellen zu können. Seine Weisheitsgemäßheitsverträge ohne Tarifbindung seien gegenüber Ländern mit harten Export zu auszuweichen. Im übrigen aber sei an dem Grundprinzip der unbedingten Weisheitsgemäßheit, wenigstens vorläufig, festzuhalten.

Das Referat Dr. Stresemanns über „Deutsche Exportförderung im Rahmen der Weltwirtschaftspolitik“ hat wegen Behinderung des Reichsaussenministers am Ergreifen aus.

Die Aussprache
mehr insofern einen bemerkenswerten Verlauf, als daß der Ministerdirektor im preussischen Finanzministerium, Dr. Hegner, vernünftiger Weise die Länder und Gemeinden gegen den Vorwurf, daß sie es noch an der Sparsamkeit fehlen ließen, wie es aus der Rede des Reichsfinanzministers herausgehört werden konnte, in Schutz zu nehmen. Gewisse Dinge hätten zwar glücklicherweise auf eine Verhinderung der Ausfuhr zu Ländern und Gemeinden hingewirkt. Wenn man an Steuererleichterungen geht, so müßte man auch sagen, wo Steuern gesenkt werden sollen.

Schwermetall-Bücher erklärte unter partem Verstoß, die Ausführungen Dr. Reichhalds seien die vollwertige Wiedergabe der vom Reichsverband seit Jahr und Tag erhobenen Forderungen.

Er bewunderte den Mut dieses Mannes, das öffentlich zu betonen, denn wir leben doch in einer Demokratie, und es keine eine Verantwortlichkeit der Demokratie zu sein, daß das Land Demokratie nicht belehrt ist. Reichhalds Programm bedürfe noch der Zustimmung der geschäftlichen Körperschaften, und da sei es dem Reichsverband, wenn der Reichsfinanzminister glaube, bei der Parteikontrollation diese Dinge durchsetzen zu können. Weiter führte dann weiter aus, daß Silberberg bereits auf Verbindlichkeiten eingewiesen habe, die unbedingt der Klärung bedürfen.

Die müssen unbedingt in ein anderes Verhältnis zur Arbeiterschaft kommen.

Es dürfte keine Partei mehr geben, die um ihrer Selbsterhaltung willen in Opposition zur Regierung steht und Opposition macht. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert

Belagerungszustand in Spanien

Revolte der Artillerieoffiziere

P. Paris, 6. September. (Fig. Frankfurt.)
Aus Madrid wird gemeldet, daß die Regierung am Sonntag ein Dekret veröffentlicht hat, nach dem das Kriegsrecht über ganz Spanien, zusammen mit dem Belagerungszustand, verhängt wird. Alle Versammlungen, die von der Regierung angeordneten Befehlen nicht sofort Folge leisten, werden als Rebellentat betrachtet. Gleichzeitig wurde ein weiteres Dekret veröffentlicht, wonach sämtliche höheren Artillerieoffiziere ihres Amtes enthoben werden. Es wird ihnen verboten, Uniform zu tragen. Die Soldaten sind aufgefordert worden, diese Offiziere nicht mehr zu grüßen. In Valladolid haben sich die Offiziere der Militärakademie widersetzt. Auch in Siviglia ist es ebenfalls zu Unruhen gekommen. Daraufhin sind, durch ein Dekret des Diktators, die Schulen der Artillerieoffiziere sämtlich in Urlaub geschickt worden. König Alfonso XIII. hat telegraphisch von San Sebastian zurückgerufen wurde, ist im Laufe der Nacht in Madrid im Automobil eingetroffen. Er hatte sofort eine Besprechung mit Primo de Rivera. Es wurde beschlossen, einen außerordentlichen Ministerrat einzuberufen, um die Lage zu prüfen und zu versuchen, die Unstimmigkeiten zwischen Primo de Rivera und dem Offizierskorps der Artillerie beizulegen. Der König soll Primo de Rivera von neuem das Vertrauen ausgesprochen und ihn ermächtigt haben, die Unruhen in der Armee mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Primo de Rivera hat am Sonntag, anlässlich des dritten Jahrestages der Gründung seiner Diktatur, eine längere Veröffentlichung herausgegeben, womit er eine Bilanz seiner politischen Tätigkeit innerhalb und außerhalb Spaniens zu geben versucht. Er behauptet, das parlamentarische Regime habe Spanien wie auch verschiedene Nachbarländer an den Rand des Abgrundes gebracht. Niemand könne in Spanien erträglich daran denken, es wieder einzuführen.

Eingehen sei es angebracht, eine Nationalversammlung einzuberufen, in der alle Klassen und Interessen vertreten sein sollen. Für den Fall des Zerfalls der gegenwärtigen Regierung müßte der König in der Nationalversammlung die Verantwortlichkeiten finden, denen er die Nachfolge übertragen könnte. Im übrigen habe das Direktorium eine umfangreiche Arbeit vollbracht. Es habe die zerrüttete spanische Währung wiederhergestellt, den Marokkrokrieg beendet und die sozialen Verhältnisse nach jeder Richtung hin verbessert. Er schließt mit der Aufforderung an das spanische Volk, dem Direktorium das Vertrauen zu erneuern.

P. Paris, 5. September. (Fig. Frankfurt.)
Das Journal des Debats meldet aus Madrid, daß die spanische Regierung in den nächsten Tagen bedeutende Entschlüsse fassen werde. Der spanische Außenminister hat vor seiner Abreise von San Sebastian nach Madrid den Journalisten erklärt, daß diese Beschlüsse mindestens eben solche Sensation erregen werden, wie seinerzeit die Ausrufung der Diktatur durch Primo de Rivera. Das Blatt behauptet, die spanische Regierung beabsichtige, im Einverständnis mit der italienischen Regierung das Langer-Statut zu kündigen, ebenso den französisch-spanischen Vertrag vom Jahre 1912.

S. London, 6. September. (Fig. Frankfurt.)
Waldungen aus Spanien besagen, daß Primo de Rivera wahrscheinlich sehr bald durch den spanischen Botschafter beim Vatikan, General Magaz, ersetzt werden wird. Der König hoffe, auf diese Weise den Streit zwischen dem Diktator und einem Teil des Volkes aus der Welt zu schaffen.